

Inhalt:

›Einer musste es ja mal tun!‹

Die Grünen richten einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung von Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Bauvorhaben ein. [... zum Artikel](#)

Ja, aber ...

Nach monatelangen Debatten hat der Bundestag im Januar beschlossen, die Einfuhr menschlicher embryonaler Stammzellen nach Deutschland unter strengen Auflagen zuzulassen. Dazu ein Kommentar von Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion. [... zum Artikel](#)

BIGs BAGs, BIFFs und BUFFs

Das Beleihungsgesetz ist zwar verfassungskonform, doch gelten für die Anwendung strenge Auflagen. So entschied das oberste Bremer Gericht am 15. Januar und setzte damit einen Schlusspunkt unter die Debatte, die von den Grünen mit ihrer Klage gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben angezettelt wurde. Ein Teilerfolg für die Grünen? Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert kommentiert das Urteil. [... zum Artikel](#)

Medienzentrum Faulenquartier

Soll das viel beschworene Medienzentrum Wirklichkeit werden, muss schnell eine politische Entscheidung her. Die Chance, Radio Bremen als Ankermieter zu gewinnen, ist sonst vertan. Doch der Senat mauert. [... zum Artikel](#)

Schwamm drüber? Affäre ohne Folgen

Das Delikt lautet Bestechung oder versuchte Nötigung. Stein des Anstoßes in der Affäre um das Bremerhavener Rechnungsprüfungsamt ist ein skandalöser Knebelvertrag. Hinter den Kulissen werden die Messer gewetzt. Manfred Schramm auf den Spuren der Ereignisse. [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[Gastkommentar](#)

[grün:in der Mache](#)

[Personalien](#)

[Termine](#)

[Impressum](#)

›Einer musste es ja mal tun!‹

Die Grünen richten einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung von Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Bauvorhaben ein.

Wir befragten den Fraktionsvize Matthias Güldner, der die Grünen im PUA vertreten wird:

Frage: Warum fordert ihr den PUA gerade jetzt?

Güldner: Einer musste es ja mal tun. Der unmögliche Ablauf des Verkaufs des Grundstücks am Bahnhofsvorplatz hat das Fass einfach zum Überlaufen gebracht. Man stelle sich einmal vor: Da wird das Grundstück für 25 Millionen DM ausgeschrieben. Ein Verkauf kommt nicht zustande. Dann geht die Stadt um die Hälfte runter und vergibt freihändig, obwohl Mitbewerber vorhanden sind. Und zwar nicht an irgendwen, sondern an eine Bietergemeinschaft um die Firma Zechbau, gegen die gerade wegen Korruption ermittelt wird.

Das Problem der Mauscheleien im Bausektor gibt es in allen Großstädten. Aber nach Bremen wurden in den letzten Jahren über zehn Milliarden DM zusätzliche Bundesmittel gepumpt. Vieles davon in den Baubereich. Hier gab es also richtig viele Aufträge zu vergeben und viel Geld zu verdienen. Die Architektenkammer spricht schon von einer ›Bananenrepublik Bremen‹.

Die Staatsanwaltschaft hat in diesem Zusammenhang 19 Objekte durchsucht und unzählige Akten beschlagnahmt.

Frage: Was soll denn genau untersucht werden?

Güldner: Erstens: Es werden Grundstücke und Gebäude nach einer Ausschreibung vergeben, obwohl andere Bieter mehr bezahlt hätten. Zweitens: Es wird ganz auf Ausschreibung verzichtet und freihändig verkauft. Drittens: Öffentliche Einrichtungen werden an private Investoren verkauft und mit langfristigen Mietverträgen mit der öffentlichen Hand gewinnbringend abgesichert. Ob hier jeweils Bestechung und Bestechlichkeit im Spiel sind oder ›einfach nur‹ auf Kosten des Steuerzahlers miserabel gewirtschaftet wurde, das wird man herausfinden müssen.

Frage: Um welche Projekte geht es konkret?

Güldner: Wir haben das bewusst nicht abschließend festgelegt. Ein PUA muss auch flexibel reagieren können. Zunächst wollen wir uns auf die Komplexe Polizeihaus am Wall/Neues Polizeipräsidium in der Vahr, Siemenshochhaus, Contrescarpe-Center, Grundstück am Bahnhofsvorplatz, Weserstadion-Ausbau und Großmarkt-Neubau konzentrieren.

Frage: Ein Teil der Presse hat euch heftig kritisiert, von ›wirtschaftspolitischem Irrsinn‹ war sogar die Rede. Wie geht ihr mit dieser Kritik um?

Güldner: Glaube keiner, dass Nachfragen, Aufklären und Abstellen von Missständen in der Politik ein Mittel zur Gewinnung neuer Freunde ist. Beim Geld hört bekanntlich der Spaß auf. Und hier geht es um für Bremer Verhältnisse sehr viel Geld. Zudem stören wir ständig die Ruhe der neuen privatrechtlichen Gesellschaften des Senats, wie der BIG. In den alten Ämtern wird die Anschaffung jeder Kaffeetasse kontrolliert, im sogenannten ›Konzern Bremen‹, über den die dicke Kohle läuft, aber fast gar nichts.

Ein Wirtschaftsstandort, auch Bremen, profitiert vom Wettbewerb um die beste Qualität und die günstigsten Preise. Wird der Wettbewerb systematisch außer Kraft gesetzt, schadet das dem Standort, nicht umgekehrt.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Ja, aber ...

Nach monatelangen Debatten hat der Bundestag im Januar beschlossen, die Einfuhr menschlicher embryonaler Stammzellen nach Deutschland unter strengen Auflagen zuzulassen. Dazu ein Kommentar von Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion.

Dieser Beschluss ist ein Kompromiss, der es kaum ermöglicht, klare Grenzen im Umgang mit embryonalen Stammzellen zu ziehen. Auch durch eine enge Importregelung ist die Beschränkung auf nur wenige embryonale Stammzelllinien auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten.

Ich halte es für richtig, den Import von embryonalen Stammzellen grundsätzlich und ohne Kompromisse zu verbieten. Denn schon jetzt ist absehbar, dass die bisher weltweit vorhandenen Zelllinien in Quantität und Qualität von Forschern als nicht ausreichend angesehen werden. Bereits heute werden nicht nur sogenannte ›überzählige‹ Embryonen aus der künstlichen Befruchtung für die Stammzellengewinnung genutzt. Immer häufiger werden auch Embryonen gezielt zu Forschungszwecken hergestellt. Mitglieder der Enquetekommission ›Recht und Ethik in der modernen Medizin‹ kritisieren ebenfalls den Gesetzentwurf. Sie meinen, er entspreche nicht dem im Bundestag verabschiedeten Auftrag. Dagegen monieren viele Stimmen aus der Forschung inhaltliche Einschränkungen wie die Stichtagsregelung. Es könne dazu führen, dass die Forschung kaum Zellen zur Verfügung habe. Dadurch würden Wissenschaftler hier behindert und der Industriestandort Deutschland wäre gefährdet.

Die Argumente zur Forschungsfreiheit und zum Industriestandort müssen jedoch sehr kritisch betrachtet werden, denn Forschung, Anwendung und Profit sind hier überaus eng miteinander verquickt. Ethische Fragen dürfen nicht in Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen beantwortet werden.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

BIGs BAGs, BIFFs und BUFFs

Das Beleihungsgesetz ist zwar verfassungskonform, doch gelten für die Anwendung strenge Auflagen. So entschied das oberste Bremer Gericht am 15. Januar und setzte damit einen Schlusspunkt unter die Debatte, die von den Grünen mit ihrer Klage gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben angezettelt wurde. Ein Teilerfolg für die Grünen? Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert kommentiert das Urteil.

Das Beleihungsgesetz regelt die Übertragung hoheitlicher, also staatlicher Aufgaben im Bereich Wirtschaftsförderung, Arbeitsförderung und Kontrolle von Abwasser auf Gesellschaften privaten Rechts.

Unklare Verantwortlichkeiten und Verwaltungswege sowie ein Aushebeln der Kontrollrechte des Parlaments zeichnen diese sogenannte Verwaltungsreform aus unserer Sicht eher aus, zumal dem Senat der Nachweis geringerer Kosten bis heute nicht gelungen ist.

Der Staatsgerichtshof hat jetzt das Beleihungsgesetz zwar für mit der Landesverfassung für vereinbar erklärt, er setzt dafür aber enge Grenzen. Der Senat hat die Dienst- und Fachaufsicht über alle bremischen Gesellschaften, und die muss er so ausüben, dass er die Sache in der Hand behält und dem Parlament die erforderlichen Auskünfte geben kann. Jetzt ist es vorbei mit dem Verstecken hinter den unzähligen ausgelagerten Gesellschaften, den BIGs, BAGs, BIFFs und BUFFs, billiger wird's bestimmt nicht: Jetzt muss das kontrollierende Personal in der Kernverwaltung wieder eingestellt werden.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Medienzentrum Faulenquartier

Soll das viel beschworene Medienzentrum Wirklichkeit werden, muss schnell eine politische Entscheidung her. Die Chance, Radio Bremen als Ankermieter zu gewinnen, ist sonst vertan. Doch der Senat mauert.

Im Gespräch Anja Stahmann, medienpolitische Sprecherin:

Frage: Wie sieht Ihre Vision von einem Medienzentrum im Faulenquartier aus?

Stahmann: Mit einem Medienzentrum im Faulenquartier gewinnt man doppelt: ein neuer Standort für Radio Bremen und die Chance, Unternehmen aus der IT- und Medienbranche sowie Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote aus diesem Sektor in direkter Citynähe anzusiedeln.

Frage: Wie verhält sich Radio Bremen zu diesen Plänen?

Stahmann: Der Sender hat mehrfach signalisiert, dass er sich einen Umzug an die Weser vorstellen kann. In den kommenden vier Jahren muss er seinen Haushalt um 50 Millionen Mark – etwa ein Viertel – reduzieren, so erzwingt es die Neuordnung des ARD-Finanzausgleichs. Radio Bremen sucht zügig bis zum Spätsommer einen neuen Standort, um im Jahr 2005 mit dem reduzierten Budget auskommen zu können. Aus wirtschaftlichen Gründen sollen die beiden bisher getrennten Bereiche Hörfunk und Fernsehen (insgesamt 32.000 qm) in einem neuen Gebäude mit einer Nettogeschossfläche von 16.000 qm konzentriert werden.

Frage: Wer soll den Umzug bezahlen?

Stahmann: Radio Bremen will in den Neubau und die Erneuerung der veralteten Technik 80 Millionen Euro investieren. Ein Gutachten hat gezeigt, dass ein Neubau günstiger ist als ein Umbau der zwei vorhandenen Standorte.

Frage: Welche Signale gibt es aus der Medienwirtschaft? Woraus entnehmen Sie, dass Bremen das Potenzial für ein Medienzentrum mitbringt?

Stahmann: In Bremen gibt es rund 300 kleine, mittlere und auch größere kompetente Multimedia- und Online-Firmen, von denen einige akut auf Standortsuche sind. Natürlich sind wir nicht Hamburg, Berlin oder Köln, aber eine recht neue Untersuchung des Bremer Instituts für Arbeit und Wirtschaft über die Bremer Medienbranche zeigt, dass die hiesigen Unternehmen ein Knowhow mitbringen, das sich durchaus mit den großen Medienakteuren der Branche messen kann. Die Nachfrage nach Fachkräften ist demnach ungebrochen, und die nachgefragten Dienstleistungen der kleinen und mittleren Unternehmen in der Region werden komplexer werden. Auch wenn der große Gründungsboom in der Medienwirtschaft vorbei ist, gehört die Branche immer noch zu den wirtschaftlich interessantesten. Ich bin davon überzeugt, dass das Faulenquartier und damit die Stadt am Fluss mit der Ansiedlung von Medienunternehmen und Radio Bremen neu belebt und damit aufgewertet wird. Die dadurch entstehenden Synergieeffekte können sehr gut genutzt werden.

Frage: Wie könnte das konkret aussehen?

Stahmann: Ich stelle mir eine Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Ausbildung und Tourismus vor. Mit begrenzter inhaltlicher Kooperation zwischen Radio Bremen und Firmen können neue Infrastrukturen geschaffen werden, wie etwa eine breitbandige Netzanbindung in Mietbüros, Studios und Technik zum Mieten, Büroräume. Ein Location-Büro für Filmschaffende könnte hier angesiedelt werden, da ist Bremen bislang ein weißer Fleck auf der Landkarte.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Schwamm drüber? Affäre ohne Folgen

Das Delikt lautet Bestechung oder versuchte Nötigung. Stein des Anstoßes in der Affäre um das Bremerhavener Rechnungsprüfungsamt ist ein skandalöser Knebelvertrag. Hinter den Kulissen werden die Messer gewetzt. Manfred Schramm auf den Spuren der Ereignisse.

Ein trüber Mittwoch im Herbst 2000: Im Büro des obersten Repräsentanten der Seestadt Bremerhaven saßen die Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition, Klaus Rosche (SPD) und Paul Bödecker (CDU), zusammen mit Rainer Mattern, dem Leiter des Bremerhavener Rechnungsprüfungsamts. Man hatte sich getroffen, um heftige Streitigkeiten auszuräumen, die zwischen dem Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Beneken (SPD) und dem Oberbürgermeister Schulz (SPD) einerseits und dem Leiter des Rechnungsprüfungsamts andererseits bestanden.

Die Lösung war typisch für die Seestadt-Koalition: Mattern wollte befördert werden. Sollte er auch, aber gegen einen zweifelhaften Deal: Künftig sollte er gegenüber Beneken und OB Schulz Wohlverhalten üben, auf bestimmte Prüfungsrechte seines Amtes verzichten und sich mittelfristig auf andere Stellen bewerben. Das wurde schriftlich in einem Vertrag festgehalten und maschinell mit den Unterschriften von OB Schulz, Beneken und Mattern versehen.

Nach Veröffentlichung dieses Vertragsentwurfs ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Nötigung und Bestechung. Alle drei SPD-Beteiligten haben sich im Nachhinein auf ihre eigene Weise plötzlich von dem Vertragswerk distanziert. Der oberste Repräsentant der Stadt Beneken musste allerdings unter der Beweislast vor dem Verfassungsausschuss seine Falschaussagen bekennen. Die Grünen in der Stadtverordnetenversammlung stellten einen Misstrauensantrag, der von CDU und SPD abgeschmettert wurde. Zugleich wurde auch das staatsanwaltliche Verfahren gegen den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Rosche mit sehr fragwürdigen Begründungen eingestellt.

Doch der Fall ist weiterhin ungeklärt: Wer hat den Vertragstext entworfen? Wie kann es sein, dass die höchsten politischen Repräsentanten bei diesem verfassungsrechtlich bedenklichen Vorgehen die Stadt Bremerhaven weiter repräsentieren? Könnte ein von den Grünen eingesetzter Untersuchungsausschuss Licht ins Dunkel bringen? Fortsetzung folgt.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grüne Ecke:

Dickes Ei, ach du

Kaum hat man sich dafür eingesetzt, dass sie frei herumlaufen dürfen, schon bauen sie Mist: Diese Schar unvernünftiger Hühner wollte uns vergackeiern und hat sich in einer Teilaufgabe der letzten Ausgabe unseres Journals gleich zweimal in Szene gesetzt, davon einmal geschmückt mit Namen von grünen Beiratsmitgliedern und einer Abgeordneten! Also dann doch lieber gleich in die Suppe mit dem Federvieh!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:Aktion

Niedervieland im Würgegriff

Zwei große Straßenvorhaben (B 212, A 281), die Legung einer Stromtrasse und die geplante Weserquerung nehmen das Niedervieland in die Mangel. Darüber informierte sich eine Delegation der grünen Fraktion bei einer fachkundigen Führung von Dr. Klaus Handke, neuer Sprecher des Naturschutzbeirats, und Hans-Werner Blank (Naturschutzbehörde).

Opfer von Frauenhandel weiter ohne Hilfe

Bremen ist zur Drehscheibe von Frauenhandel geworden, politisches Handeln notwendig. Deshalb hat die frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch die Ausstellung ›Frauenhandel bekämpfen – die Opfer schützen‹ im Januar in die Bürgerschaft geholt. Eine unabhängige Beratungsstelle für Opfer von Zwangsprostitution ist in Bremen längst überfällig und wurde im Februar auf Initiative der Grünen in der Bürgerschaft verhandelt. Doch es bleibt bei einer Willensbekundung: Die Beratungsstelle ist zwar auf dem Papier beschlossen, wann sie eingerichtet wird, steht weiter in den Sternen.

Happy birthday, Kinderschule!

Zum zehnjährigen Jubiläum als Modellschule erhielt die Kinderschule in Schwachhausen Besuch von der grünen Fraktion. Die Grünen hatten während der Ampel-Koalition durchgesetzt, dass die Grundschule die staatliche Anerkennung bekam. ›In der Kinderschule wird Vieles gelebt, was die Grünen sich auch für andere Schulen wünschen‹, erklärt der grüne Bildungspolitiker Dieter Mützelburg. ›Dazu gehören zum Beispiel die Jungen- und Mädchentage, der altersgemischte Unterricht und die ganztägige Betreuung.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues aus der Bürgerschaft

Erfolg

Die Bahn soll weiterhin ihre Züge in Bremen modernisieren. Der Senat wird sich für den Erhalt des technischen Instandhaltungswerks der Deutschen Bahn AG in Sebaldsbrück und der dortigen Arbeitsplätze einsetzen. Die Grünen hatten im Januar mit den Unterschriften von SPD und CDU einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag in die Bürgerschaft eingebracht. Über die Ergebnisse seiner Aktivitäten wird der Senat Ende April berichten.

mehr Infos: [Dieter Mützelburg](#)

Das ist die Härte!

Eine Kommission zur Regelung ausländerrechtlicher Härtefälle forderten die Grünen in einem Antrag, der auch in der SPD auf breite Zustimmung stieß. ›Die Anhörung hätte jeden davon überzeugen müssen, dass sich Härtefallkommissionen woanders bewährt haben‹, erklärt der innenpolitische Sprecher Matthias Güldner. Der CDU, die offenbar ein Vetorecht in humanitären Fragen hat, war es zuviel der rot-grünen Einigkeit. Sie schmetterte den Antrag ab.

mehr Infos: [Matthias Güldner](#)

Pro Interregio

Die von der Bahn geplante Abschaffung weiterer Interregios wollen die Grünen nicht akzeptieren: ›Bahnreisen würden dadurch deutlich verschlechtert‹, kritisiert Karin Krusche. Die verkehrspolitische Sprecherin forderte den Senat auf, sich für den Erhalt der Interregios einzusetzen. Der Antrag wurde von allen drei Fraktionen einstimmig an den Landeshafenausschuss überwiesen. In Kürze wird dieser zu einer Anhörung einladen.

mehr Infos: [Karin Krusche](#)

Blaupausen

Drei Millionen Euro soll der hessische Baulöwe Köllmann aus Landesmitteln für Teile der Ocean Park-Pläne bekommen, obwohl noch gar nicht geklärt ist, ob Köllmann überhaupt die Urheberrechte dafür hat. In der Fragestunde der Bürgerschaft forderten die Grünen Aufklärung, doch die blieb aus: Eine juristische Auseinandersetzung finde, so Wirtschaftssenator Hattig, nicht statt. Auf den genauen Preis für die ›Blaupausen‹ wollte er sich nicht festlegen.

mehr Infos: [Manfred Schramm](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar

Hier könnte sich etwas entwickeln ...

Ein Viertel, das alles bietet, was das urbane Herz begehrt. Viele kreative Köpfe können sich ein Leben und Arbeiten in dieser Umgebung vorstellen. Mit Radio Bremen als Zugpferd hätten wir hier den Ankermieter, den andere noch suchen. Aber

...

Radio Bremen zieht nicht nur um. Dieser Bremer Medien-Big Player befindet sich gleichzeitig in einer Phase der Neuausrichtung mit der Erschließung neuer Märkte abseits der bisherigen Kernkompetenzen. Hier muss ganz klar sein, dass sich die Bremer IT- und Multimediawirtschaft einem weit gehend öffentlich finanzierten Großkonkurrenten gegenüber sieht, der mit viel niedrigeren Preisen kalkulieren kann, weil sein Overhead aus öffentlich-rechtlichen Gebühren beglichen wird. Was die künftige Organisationsform von Radio Bremen angeht, ist also noch etwas Denkarbeit erforderlich.

Wir freuen uns über jeden potenziellen Kooperationspartner und fähigen Mitbewerber. Aber alle sollten nach den gleichen Regeln an den Start gehen – den Regeln des fairen Wettbewerbs. Noch weniger sollte das Medienzentrum ein Pfand für politische Deals jeglicher Art sein. Dafür ist dieses Thema zu wichtig, denn wie gesagt: Hier könnte sich was entwickeln ...

Oliver J. Wächter, Inh. Abraxas Medien und 1. Vorsitzender bremen multimedial e. V.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:in der Mache

T T T ...

steht für ›Technologie, Talente, Toleranz‹. Dahinter verbergen sich neue Ansätze einer zukunftssträchtigen Wirtschaftspolitik für Bremen. ›Wir wollen einen Strukturwandel, der abgeht von der 'Blockbuster'-Politik der Großen Koalition‹, erklärt die wirtschaftspolitische Sprecherin Helga Trüpel. Mit Großprojekten wie Musical, Space Park und Ocean Park seien lediglich viel Geld und wertvolle Ressourcen verschleudert worden. Weder qualifizierte Arbeitsplätze noch gesellschaftspolitisch bedeutsame Ansätze seien dabei für Bremen herausgesprungen. Dabei haben Studien aus anderen westeuropäischen Ländern und den USA gezeigt, dass die Regionen, die auf Zuwanderung setzen und die High Tech entwickeln, sich ökonomisch und gesellschaftspolitisch am besten entwickeln.

Die Grünen wollen mit dieser Kampagne einen Beitrag leisten zur neuen Bremer Innovationsoffensive ›InnoVision 2010‹, die die Senatoren für Wirtschaft und Häfen sowie Bildung und Wissenschaft gemeinsam entwickeln. Das vor fast 20 Jahren aufgelegte erste Innovationsprogramm ist von der ›Entwicklung und Schnellebigkeit im Technologiebereich‹ längst überholt worden, neue, originelle Strategien sind erforderlich. Das meinen die Grünen auch und planen deshalb, eine bunte Mischung aus Wirtschaftsunioren, DesignerInnen, VertreterInnen der Handelskammer, Universität u.v.m. zusammen zu holen, um zukunftsgerichtete Themen zu diskutieren.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Personalien

Matthias Güldner

Eigentlich dachte ich, mit Fraktionsvorstand, Migrationspolitik, Polizei und Verfassungsschutz gut ausgelastet zu sein.

Nun noch ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) wegen Schmu bei öffentlichen Bauvorhaben! Das heißt jetzt erst einmal meterweise Akten lesen: Studieren geht vor Verhören, sozusagen. Schauen mer mal ...

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Termine

Kindergärten – Bildungsgärten

Erste Schritte auf dem Weg in die Wissensgesellschaft

›Ins Schreiben hinein – Kinder auf der Suche nach dem Sinn der Zeichen‹, Film von Donata Elschenbroich (2001)

Vorträge und Diskussion mit:

Eva-Maria Stange (Vorsitzende der GEW), Prof. Dr. Ursula Carle (Universität Bremen, FB Erziehungswissenschaften), Anke Steenken (Erzieherfachschule Hamburg), Barbara Kühnel (Kita- und Fachberaterin in der Pestalozzi-Fröbel-Stiftung Berlin)

Begrüßung und Einführung: Anja Stahmann, MdBB (jugendpolitische Sprecherin)

Zusammenfassung und grüner Ausblick: Dieter Mützelburg, MdBB (bildungspolitischer Sprecher)

18. März 2002

14.00-18.30 Uhr

Haus der Bürgerschaft, Börsenhof A, Raum 301 A-C, (Eingang Marktstraße), Bremen

DVU-Studie

›... und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion“ – Der DVU-Abgeordnete Tittmann in der Bremischen Bürgerschaft‹

Unter diesem Titel hat die grüne Bürgerschaftsfraktion eine Studie vorgelegt, die Verhalten und Reden des rechtsextremistischen Abgeordneten analysiert.

Kostenlos zu beziehen unter Tel.: 0421/30 11-0, Fax: -250, oder per [E-Mail](#).

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Andrea Quick

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch + Satz: Thomas Kollande-Emigholz

Fotos: Dagmar Bleiker, Andreas Fräßdorf, Carsten Heidmann, Andrea Quick, Maria Spieker, yahoo

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)